

Stückpreis 1/2
im Stadt, Orts-
und Nachbarort
verlegt Nr. 170,
in der Post Nr. 2, 50
einjährlich bei
Vorkasse. Die
Abnahme der
Mittelzahl 100.
Veränderung
nach, mit Aus-
nahme der Son-
ntage und Feiertage.

Geegründet 1877.



Die 10spaltige Zeile
über deren Raum
30 Zeilen, 1/2
Zeilenzeile über
deren Raum 20
Zeilen, 1/2
Bei
Wiederholungen
unveränderlich
wenn entprechend
der Natur, bei
veränderlicher Ein-
richtung und Kon-
tacten ist der
Raum 1/2 Zeile

Verlagspreis 11.

Schwarzwälder Tageszeitung. Für die D.-A.-Bezirke Nagold, Freudenstadt und Calw

Nr. 127 Druck und Verlag in Altensteig. Mittwoch, den 4. Juni. Amtsblatt für Pfalzgrafenweiler 1919.

Die Verantwortlichkeit.

Berlin, 2. Juni. In den deutschen Bemerkungen zum Bericht der Entente-Kommission über die Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges wird zunächst auf die Notwendigkeit einer unparteiischen Untersuchung durch eine Kommission hingewiesen, der alle Archive zugänglich sind und vor der beide Parteien gleichmäßig zu Worte kommen.

Im ersten Abschnitt über die diplomatischen Verhandlungen wird der Auffassung entgegengetreten, daß zwischen Berlin und Wien ein geheimes Komplott zur Vernichtung Serbiens geschmiedet worden sei. Österreich hatte die Auffassung, auf dem Trakt einer militärischen Expedition bestehen zu müssen. Deutschland hat dieser Auffassung zugestimmt. Immerhin empfand die deutsche Regierung das österreichische Ultimatum an Serbien als zu weitgehend. Die Berliner Regierung hatte in dem Bestreben, den Streit zu lokalisieren, anfänglich gegen die Vermittlungsvorschläge sich ablehnend verhalten. Der direkte Gedankenaustausch zwischen Wien und Petersburg ist aber, was der Entente-Kommissionsbericht erstaunlicherweise nicht erwähnt, von deutscher Seite angeregt worden. Zu einer Vermittlung zwischen Österreich-Ungarn und Rußland ist Deutschland immer bereit gewesen. Auch hat die Berliner Regierung vom 28. Juli 1914 ab einen starken Druck auf das Wiener Kabinett ausgeübt. Mit dem Vermittlungsvorschlag vom 29. Juli war der Tag zu einer Erhaltung des Friedens gefunden und es ist nicht die Schuld der deutschen Regierung, wenn die Verhandlungen durch militärische Maßnahmen der Gegenseite abgebrochen wurden.

Der nächste Abschnitt behandelt die Katastrophe. Die gütliche Lösung der Krise wurde durch die allgemeine russische Mobilisierung vereitelt, die in dem Entente-Kommissionsbericht auffallenderweise nicht einmal flüchtig gestreift wird. Für Deutschland bedeutete die russische Mobilisierung, daß der Zweifrontenkrieg bevorstand. Eine Defensiv nach beiden Seiten war sicheres Verderben. Am 28. Juli ist das Heuerbe gegeben, um Wien zu einem Einlenken zu bewegen. Warum die Antwort Wiens auf den von Deutschland unterbreiteten Vorschlag Greys nicht erfolgte, ist nach der Auffassung. Den Weltkrieg hat Deutschland nicht gewollt, dagegen waren die Absichten der führenden russisch-österreichischen Kreise Rußlands ohne Krieg nicht erreichbar. Betreffend die Verletzung der belgischen und luxemburgischen Neutralität steht die deutsche Kommission auf dem Standpunkt, daß es sich hier um ein wiederholtes Unrecht handelt und bedauert den Verlust einer nachträglichen Rechtfertigung des Einmarsches.

Im letzten Abschnitt heißt es u. a.: Die deutsche Kommission sieht in dem Verzicht, die Frage der Kriegsmotivation durch Aufklärung von formellen Umständen, noch dazu unter erkaunlichen Umständen, den Darstellungen der Einzeltatsachen zu lösen, den grundsätzlichen Fehler des Verfahrens (der Entente). Die richtige Fragestellung erscheint hier: 1. Welche Beweggründe hatten in der Vergangenheit am meisten den Zustand dauernder Kriegsgefahr gefördert? 2. Welche Beweggründe haben politische und wirtschaftliche Interessen verfolgt, welche nur durch einen Krieg verwirklicht werden konnten?

Die frühere deutsche Regierung habe schwere Fehler begangen. Sie habe in allzugroßem Vertrauen auf die damalige Leitung der Wiener Außenpolitik nicht sofort nach dem Eintreffen der serbischen Antwort, sondern erst am Tage darauf die letzte Forderung gezogen: die Androhung der Verletzung der Beihilfe. Ob bei einem schnelleren Verfahren der Weltkrieg vermieden worden wäre, erscheint allerdings fraglich, da die Ziele des russischen Jarrismus ohne Angriff nicht zu erreichen waren. Die französische Regierung hat allerdings die Absicht einer Wiedererlangung Elsas-Lothringens niemals radikallos aufgegeben und war außerdem an den Jarrismus gebunden. Da es unmöglich, den Krieg gegen Frankreich als einen politischen Angriffskrieg hinzustellen. Was aber England anbelangt, so wird angegeben, daß nicht die Tatsache, wohl aber der schließliche Umfang und der Geist des deutschen Flottenbaus in den letzten Jahren Mißtrauen erregen konnten und die Kommission hätte sowohl früher, wie auch auf der Friedenskonferenz zur

Frage über die deutschen Flottenbaupläne gewandt. Sie verlangt daher besonders, daß durch die jetzt vorliegenden Friedensbedingungen die Aufsicht der Krieges von englischer Seite als Mittel der Niederwerfung eines künftigen Konkurrenten vorbereitet und geführt worden, vornehmlich für immer in der öffentlichen Meinung Deutschlands befestigt worden ist. Als einen Verteidigungskrieg gegen den Jarrismus hat das deutsche Volk 1914 den Kampf einkünftig aufgenommen. Die Kommission würde keine Fortsetzung nach Niederwerfung des Jarrismus als einen Frevel der früheren Regierung bezeichnen, sobald zweifelsfrei nachgewiesen werden würde, daß die Gegner bereit waren, einen Frieden ohne Sieger und Besiegte zu schließen. Dafür fehlt indes heute jeder Beweis. Und wenn an den Friedensbedingungen festgehalten werden sollte, würde dieser Beweis niemals glaubhaft erbracht werden können.

Die Denkschrift ist unterzeichnet von Hans Delbrück, Graf Montgelas, Max Weber und Albrecht Wendelssohn-Bartoldus.

Die Posttrennungsbestrebungen.

Die Mannheimer „Neue Badische Landeszeitung“ ist in der Lage, ein Protokoll zu veröffentlichen über eine Zusammenkunft des Generals Gerard, Kommandeur der französischen Besatzungstruppen in der Pfalz und der Abgeordneten Richter und Hoffmann, datiert vom 8. März 1919. Es geht daraus hervor, daß bereits früher Verhandlungen zwischen Gerard und den beiden Abgeordneten über die Gründung einer selbständigen Republik Pfalz gepflogen worden sind. General Gerard antwortete nun den beiden Abgeordneten in der Zusammenkunft vom 8. März folgendes: Ich habe mich mit Ihrer Angelegenheit beschäftigt, wie es verständig war. Ich habe eine Abschrift Ihrer Vorschläge dem Marschall Foch selbst durch Oberst Wimpfen überreichen lassen. Letzterer hat sich vor zwei Tagen nach Paris begeben und den Marschall sofort persönlich gesprochen. Der Marschall hat die Abschrift gelesen und sich alsdann zu Herrn Clemenceau begeben, um mit ihm Rücksprache zu pflegen, nachdem Oberst Wimpfen lebhaft hinzugefügt hatte, daß die 45 Unterzeichner die Rechte der Wähler vertreten. Ich habe Marschall Foch mitgeteilt, daß die Unterzeichner die Befehlsgabe ihrer Namen noch nicht wagten aus Angst vor späterer Maßregelung durch die Deutschen. Ich habe das, was mir die Herren Hoffmann und Richter sagten, hinzugefügt, nämlich, daß jedermann unterzeichnen werde, wenn man sicher sei, keine Maßregelung befürchten zu müssen. Ich bin noch nicht ermächtigt, alles zu sagen, was mir der Marschall geantwortet hat, aber ich kann Ihnen mit meinen eigenen Worten sagen: Sie können den Herren versichern, daß sie mit der deutschen Regierung rechts des Rheines nichts mehr zu tun haben werden. Das rechte Rheingebiet wird vom linken getrennt. Die Tätigkeit der Deutschen Regierung wird am Rhein aufgehört. General Gerard sollte alsdann die Wiederannahme des Wirtschaftslebens nach der endgültigen Festlegung der Abgrenzung in Aussicht und eine Erleichterung für die Pfalz bei der Zahlung der deutschen Kriegsschuldigkeiten.

Berlin, 2. Juni. Ministerpräsident Scheidemann hat aus Mainz von einem gewissen Dr. Dorten folgende Depesche erhalten: Herr Ministerpräsident! Im Auftrag der vorläufigen Regierung der „rheinischen Republik“ habe ich den Herrn Reichspräsidenten (Ebert) von der heute erfolgten Proklamation der rheinischen Republik im Verband des Deutschen Reichs und von unseren Beweggründen in Kenntnis gesetzt. Damit unsere allel Wunsche, den Weg zum Volkstribunal und zur Völkerverständigung zu ebnen, sofort offenkundig werde, habe ich den Herrn Präsidenten der Friedenskonferenz in Versailles und den Staatsoberhäuptern der beteiligten Mächte durch die obersten Befehlsgewaltigen gleichfalls die erfolgte Proklamation bekanntgegeben und gleichzeitig ihre Erlaubnis zur sofortigen Vorname der Wahlen zur rheinischen Landesversammlung, sowie die Einlassung von Vertretern der Regierung zur Friedenskonferenz beantragt. Ich richte hiermit an Sie, Herr Ministerpräsident, den gleichen Antrag und die Bitte, unser Zusammenwirken mit der deutschen Friedensdelegation genehmigen zu wollen. (Gef.): Dr. Dorten. Die Erwiderung der Reichsregierung lautet: In Wiesbaden hat sich eine sogenannte Regierung der rheinischen Republik gebildet. Landfreunde haben sich unter

dem Schutz der Befähigung zu der Errichtung des Landes ernannt. Ihre Absicht hat keinen Zweck erfüllt gefunden. Ihre Wankmütigkeit hat die Bevölkerung der betreffenden Gegend abgestoßen. Die Reichsregierung hat auf diese reichsverräterischen Vorgehensweise eine Antwort: Sie hat den Oberreichsanwalt angewiesen, gegen Herrn Dorten und die übrigen Mitglieder der sogenannten Regierung der rheinischen Republik das Verbot des Hochverrats zu erlassen. Alle Vollstreckungen der sogenannten Regierung des Herrn Dorten sind nicht möglich. Die Bevölkerung hat Ihre Anordnungen nicht zu beachten. Die bisherigen Landesregierungen und Landesbehörden sind nach wie vor die Träger der einzig rechtmäßigen Gewalt.

Berlin, 2. Juni. Die in den rheinischen Gebieten gewählten Abgeordneten der preussischen Landesversammlung und der deutschen Nationalversammlung legen hiermit Protest gegen die Androhung der rheinischen Republik ein durch Leute, die den fremden Mächtern zu Hilfe rufen gegen das deutsche Vaterland. Nur völliger Mangel an Nationalgefühl kann eine solche schändliche Vorgehensweise erklären. In dieser Zeit allgemeinen Anglücks ist es die Pflicht jedes Deutschen, seinen Volk und Vaterland die Treue zu halten, anstatt das Unheil durch Herbeiführung der vorhandenen staatlichen Einrichtungen noch zu verschlimmern.

Berlin, 2. Juni. Die Mainzer Zeitungen wurden durch die Franzosen gezwungen, im Anschluß an die Proklamation der sogenannten rheinischen Republik die nachstehende Kundgebung zu veröffentlichen:

Die rheinische Republik ist ausgerufen. Die Rat der Stunde hat dazu getrieben. Berlin hat unter der neuen Regierung genau so wenig Verständnis gezeigt, wie unter der alten, ja es hat das Rheinland in seiner schweren Stunde verlagert, obwohl sie genau wissen mußten, daß ihre Meinungen und Wünsche nicht übereinstimmend waren mit der überwältigenden Mehrheit des rheinischen Volkes zum mindesten aber nicht mit denen der geborenen Rheinländer. Wie haben wir unter der unantastbaren Grenzfestsetzung des Wiener Kongresses gelitten? Wie hat auch Mainz darunter gelitten, daß es dem ihm fernstehenden Hof für das es immer nur ein Ausbeutungsgelände war, verschadet wurde ohne daß man die Bevölkerung und ihren Willen befragte. Wie hat Mainz darunter gelitten, daß der alte unverbundene Rheingau künstlich durch Preußen zum ihm angehörenden wurde? Wie hat die Pfalz darunter gelitten, daß sie ihr natürliches Hinterland verloren hat? Auf sind die Grenzstädte zwischen den zusammengehörenden und aufeinander angelegenen Gebieten? Wir brauchen unseren Lesern nicht zu sagen, welche Vorteile der Weisheit der Grenzstädte für Mainz, besonders hat. Jeder Mensch, der seine Vaterstadt liebt, wird die Ausartung der Republik als eine Erlösung empfinden. Es lebe die rheinische Republik!

Berlin, 3. Juni. Der Präsident der heftigen Landesversammlung und Führer der Mainzer Sozialdemokratie, Adelfung in Mainz, wurde wegen Aufreizung zum Streik von den Franzosen verhaftet.

Darmstadt, 3. Juni. Die heftige Regierung veröffentlicht einen Protest gegen die völkerrechtswidrige Begünstigung des Hochverrats gewisser Kreise und die Verhaftung des Präsidenten der heftigen Volkskammer Adelfung, durch die Franzosen. Durch die Vorgehensweise der Senegalneger sei es der erdrückenden Mehrheit der Bevölkerung unmöglich gemacht, die wahre Stimmung des Volks gegenüber dem Putch zum Ausdruck zu bringen. Die heftige Regierung werde keinerlei Beistand der sogenannten Regierung der „rheinischen Republik“ anerkennen.

Mannheim, 3. Juni. Nach einer gewaltigen Kundgebung der Ludwigshafener Arbeiterschaft gegen die Androhung der Unabhängigen Republik Pfalz wurde gestern Nachmittag in Ludwigshafen der Generalstreik erklärt.

Berlin, 3. Juni. Aus Versailles wird der „Berl. Post“ berichtet: Das Fünftegeheul der Kaiserlichen Abendblätter über den mit der Proklamation der rheinischen Republik begonnenen Zerfall des Deutschen Reichs ist unbeschreiblich. Die neue Republik wird ganz offen als Pufferstaat bezeichnet, den Frankreich dauernd verlagert habe und der ihm heute von den Deutschen selbst angeboten werde. Aus einer Unterredung, die die weftischen Abgeordneten Richter von Wangenheim und von Sonnenberg dem „Berl. Post“ durch „Darl. Express“ gewährt haben, geht hervor, daß Hannover dem Vorschlag der Rheinlande auf dem Fuß folgen will, nur daß Hannover wieder ein Königreich mit einem Sohn des Hauses von Cumberland als König werden soll.

Die österreichischen Friedensbedingungen.

Die österreichischen Friedensbedingungen enthalten u. a. noch folgende Punkte:

Die österreichische Kriegführung sei nicht besser als die deutsche gewesen. Die alliierten und assoziierten Regierungen wolle jedoch dem letzten österreichischen Kaiser, gegen den mehr gefündigt worden sei, als er selbst geschädigt habe, nicht für die Sünden Kaiser Franz Josephs büßen lassen. Österreich müsse aber alle Personen, die sich der Verletzung der Kriegsgesetze schuldig gemacht haben, ohne Rücksicht auf Rang und Stand zur Aburteilung ausliefern.

Der Bau von Kriegsschiffen in Österreich muß unterbleiben. Bezüglich der alliierten Schiffe, die von Österreich vernichtet worden sind, wird der Grundsatz festgesetzt, daß Tonne für Tonne vergütet werden muß. Dies läßt in der Praxis darauf hinaus, daß alle fertiggestellten oder im Bau befindlichen Handelsschiffe, die am 2. November 1918 Eigentum der österreichisch-ungarischen Regierung oder österreichisch-ungarischer Privatpersonen waren, oder die die das Recht hatten, die österreichisch-ungarische Flagge zu führen, nebst sämtlichen neutralen Handelsschiffen, die zu dem Zeitpunkt des Abchlusses des Waffenstillstandes von österreichisch-ungarischen Prisen gerichtet als gute Beute erklärt wurden und daher in diesem Zeitpunkt Eigentum der österreichischen Regierung waren, den alliierten und assoziierten Regierungen ausgeliefert werden müssen.

Bei der Befestigung der finanziellen Bestimmungen haben die Lasten für das Besatzungsheer vor der Entschädigungssumme den Vorrang erhalten. Die Alliierten werden ermächtigt, gegebenenfalls Vorzugsbezahlung für Waren, die vom Ausland eingeliefert werden, zu verlangen. Die Ausfuhr von Gold ohne Zustimmung der Alliierten wird bis zum Jahre 1921 verboten. Die Schadensvergütungskommission wird den Anteil an den Kriegskosten des früheren Österreichs und jeder der neugegründeten Staaten festsetzen. Diese Schuld wird durch die Einkünfte der Bahnen und der Salzbergwerke, die auf der Grundlage der Einnahmen in den letzten drei Jahren vor dem Krieg berechnet werden, sichergestellt. Die Bankgelder der früheren österreichisch-ungarischen Bank, die sich in den neuen Staaten befinden, werden von den neuen Staaten innerhalb zwölf Monate durch andere Scheine ersetzt. Die österreichisch-ungarische Bank wird nach Unterzeichnung des Friedensvertrags liquidiert, wobei das Vermögen unter die Inhaber der Bankgelder verteilt wird.

Die Besitzungen der österreichischen Regierung in den neuen Staaten werden von diesen gegen einen Preis übernommen, den die Entschädigungskommission festsetzt und der der österreichischen Regierung in der die Entschädigung betreffenden Abrechnung gutgeschrieben wird. Eine Sonderklausel sichert den Handelsverkehr von Österreich nach dem adriatischen Meer.

Der bulgarische Friedensvertrag.

London, 3. Juni. Der Pariser Berichterstatter des „Daily Herald“ meldet: Die Arbeiten an dem Konzept des Friedensvertrags für Bulgarien schreiten gut vorwärts. Der Vertrag sei von Benizelos in Gemeinschaft mit der serbischen und der rumänischen Abordnung entworfen und sei jetzt soweit fertiggestellt, um vom Rat der Vier erwogen zu werden. Die Bestimmungen lauten wie folgt:

Die Bulgaren treten das gesamte Küstengebiet am Ägäischen Meer, welches Bulgarien nach dem Balkankrieg annektiert hat, an Griechenland ab. Grie-

chenland erhält auch Adrianopel und einen Teil der Gebiete im Thrakien, die nach dem zweiten Balkankrieg im Besitz der Türkei verblieben. Die Grenze zwischen Griechenland und dem Gebiet von Konstantinopel wird durch die bekannte Enos—Midia-Linie gebildet werden. Dies bedeutet, daß die gesamte Küste des Marmarameers und die Halbinsel Gallipoli weiterhin zu Konstantinopel gehören werden, unabhängig von dem Status, den dieser Staat selbst erhalten wird. Die griechisch-bulgarische Grenze wird von Agathopoli am Schwarzen Meer in westlicher Richtung verlaufen, bis sie in die frühere Grenzlinie übergeht. Die Bulgaren erhalten einen Freihafen im Ägäischen Meer und zwar entweder Saloniki, Kavalla oder Debeagatsch nach ihrer freien Wahl. Sie werden durch diesen Hafen einen freien Zugang zur See erhalten unter Bedingungen, die in großen Zügen dieselben sein werden, wie diejenigen, die Serbien im Bukarester Vertrag von 1913 erhielt. Die neuen Gebiete, die auf diese Weise an Griechenland fallen, sind überwiegend slawisch.

Die Serben verlangen nur einige kleine Grenzberichtigungen und werden diese auch erhalten. Die Rumänen werden gegen die Anerkennung größerer Annektionen an anderer Stelle den Bulgaren die südliche Hälfte der Dobrudscha, die von Rumänien im Jahre 1913 annektiert wurde, deren Bevölkerung jedoch überwiegend bulgarisch ist, zurückverlangen.

Neues vom Tage.

Petersburg erobert.

St. Petersburg, 3. Juni. Die Tagesblätter aus Warb berichten, liegen in Petschenga und Murman Nachrichten vor, daß Petersburg von einer aus Finnland und Ostern bestehenden Armee genommen worden sei.

Die Räte in der Reichsverfassung.

Berlin, 3. Juni. In der gestrigen Sitzung des Verfassungsausschusses wurde die erste Lesung der Verfassung abgeschlossen. Der Artikel 57 der Grundrechte lautet: Die Arbeiter sind berufen, gleichberechtigt mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, sowie an der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der Produktionskräfte mitzuwirken. Die beiderseitigen Organisationen und ihre tariflichen Vereinbarungen werden anerkannt. Die Arbeiter erhalten nach Betrieben und Wirtschaftsgebieten gegliederte gesetzliche Vertretungen in Betriebs- und Bezirks-Arbeiterräten und einem Reichsarbeiterrat. Die Bezirks-Arbeiterräte und der Reichsarbeiterrat treten zur Lösung gesamtwirtschaftlicher Aufgaben und zur Mitwirkung bei der Ausführung der Sozialisierungspläne mit den Vertretungen der Unternehmer zu Bezirks-Wirtschaftsräten und einem Reichs-Wirtschaftsrat zusammen. Sozialpolitische und wirtschaftspolitische Gesetzentwürfe von grundlegender Bedeutung sollen von der Reichsregierung vor ihrer Einführung dem Reichs-Wirtschaftsrat zur Begutachtung vorgelegt werden. Der Reichs-Wirtschaftsrat hat das Recht, solche Gesetze beim Reichstag zu beantragen, die wie Vorlagen der Reichsregierung zu behandeln sind. Den Arbeiter- und Wirtschaftsverbänden können Kontroll- und Verwaltungsbefugnisse übertragen werden.

Aus Schleswig.

Schleswig, 3. Juni. Der Kreisrat hat einstimmig folgende Entschließung angenommen: Der Kreisrat beklagt einstimmig, daß der Kreis Schleswig lerndeutsch ist und bleiben will und protestiert dagegen, daß den Bewohnern des Kreises zugemutet wird, ihre Deutschheit noch durch eine Volksabstimmung zu bekräftigen.

Von der Friedenskonferenz.

Verailles, 3. Juni. Reichssozialminister Dr. Bell ist gestern aus Berlin kommend in Versailles eingetroffen.

Paris, 3. Juni. Die „Chicago Tribune“ bestätigt, daß Wilson an Clemenceau und Lloyd George ein Telegramm geschickt habe, worin erklärt werde, die Aufgabe sei, daß die Bedingungen des Vertrags trotz der deutschen Drohungen aufrecht erhalten werden. Wilson sei dem Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund gegenwärtig unbedingt abgeneigt; er werde sich weigern, den Deutschen in Galizien eine Volksabstimmung zu erlauben.

Paris, 3. Juni. „Journal des Debats“ meldet, man werde zur Erwiderung der in den nächsten Tagen ergehenden Antwort der Verbündeten den Deutschen eine weitere Frist von 5-8 Tagen stellen. (Nach Londoner Blätter sind Verhandlungen mit Deutschland noch nicht abgeschlossen. Englische und amerikanische Vertreter sollen für wirtschaftliche Zugeständnisse an Deutschland eintreten.)

Berlin, 3. Juni. Im Reichstagsrat hat heute eine Versammlung italienischer, französischer und englischer Sozialistenführer den Beschluß, sich gegen den Verjaillter Friedensvertrag zu erklären.

Paris, 3. Juni. Reuter. Staatskanzler Renner fährt heute mit den Friedensbedingungen nach Wien. Die Österreicher werden 15 Tage Zeit erhalten, um die Bedingungen in Erwägung zu ziehen.

Arbeiterbewegung in Frankreich.

Paris, 3. Juni. Laut „Matin“ hat die Streikbewegung der Bergarbeiter in Nordfrankreich weiter an Umfang gewonnen. Es streikten gestern vormittag mindestens 82 000 Bergleute. Die Bergarbeiterverbände im übrigen Frankreich beschlossen, am 16. Juni den Generalstreik zu erklären, falls bis dahin nicht alle ihre Forderungen (Achtstundentag und Lohnerhöhung) durchgesetzt seien. Im Warenhaus „Printemps“ traten 6000 Angestellte die Arbeit nicht an. Auch in der Provinz streikten zahlreiche Arbeiterorganisationen.

„Paysan“ meldet, daß auch die Wagenbauarbeiter und die Flugzeugarbeiter in den Pariser Betrieben sich dem Metallarbeiterstreik angeschlossen haben. Insgesamt sind 350 000 Arbeiter ausständig.

Villers, 3. Juni. (Reuter.) Im Kohlenbecken des Pas-de-Calais ist ein Bergarbeiterstreik ausgebrochen. Die Zahl der Ausständigen beträgt 48 515.

Der Krieg im Osten.

Berlin, 3. Juni. Die deutsche Waffenstillstandskommission in Spaa besteht darauf, die deutschen Truppen aus den Baltischen Ländern zurückzuführen. Die Entscheidung hierüber stehe allein Deutschland zu.

Berlin, 3. Juni. Nach genauen Beobachtungen in mehreren hart an der polnischen Grenze gelegenen Ortschaften haben die Polen in den letzten Tagen die Truppen im Grenzgebiet gegen die Provinz Westpreußen erheblich vermehrt.

Budapest, 3. Juni. Das Ung. Kor.-Büro meldet: Am 1. Juni haben unsere Budapest-Truppen die nördlich der Theiß stehenden Kräfte der Rumänen geschlagen. Dadurch haben wir den Verbindungsteil zwischen der rumänischen und der tschechischen Front durchbrochen. Wir verfolgen die Tschechen auf der ganzen Linie.

London, 2. Juni. Reuter. Amlisch. 200 russische Offiziere vom Lager Newmarket, zum Teil frühere Gefangene, haben sich als Freiwillige für die russischen Nationalstreitkräfte in Sibirien und Nordrussland gemeldet.

Selbst geschmiedet.

Roman von K. v. Trostedi.

(Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Deine Worte klingen sehr verlockend, Egon, sie flößen mir neuen Lebensmut ein. Ich hatte bereits mit allem abgeschlossen, aber du machst mir wieder Hoffnung. Glaubst du wirklich, daß es mir möglich sein wird, das schöne Leben draußen in der Berne noch anzusehen zu können?“

„Selbstverständlich, teurer Onkel! Es wird alles wieder gut werden.“

„Ja, ja, du magst recht haben — noch ist es nicht zu spät, noch nicht! Also könnte morgen das Aufgebot stattfinden und in kürzester Frist die Trauung. Dann reisen wir zu dreien —“

„Das wollen wir auch, Onkelchen; doch dürfen wir Anneliese nicht zumuten, daß sie ihre Hochzeit ohne das übliche Gepränge, ohne Brautjungfern und all die zarten Dinge feiert, an denen nun einmal ein Mädchenherz hängt. Auch könnte Zwang und Ueberbürdung unser Eheglück für alle Zeit in Frage stellen. Die Hauptsache ist, daß ich hier bin und meine Portelle zu wahren weiß. Und wenn ich Anneliese mit liebevoller Aufmerksamkeit umwerbe, so wird sie eines Tages ihren Trost überwinden und sich gefangen geben. Meinst du nicht auch, lieber Onkel? So viel Vorzüge habe ich doch wohl, daß du mir zurückschauen wirst?“

„Ich kann dir nicht ganz unrecht geben,“ meinte der Graf sinnend. „Ich habe ja Anneliese so lieb und möchte ihr so ungern wehe tun. Ich weiß auch, daß sie ein sehr zart besetztes, feinfühlerndes Wesen ist. Wenn nur die bange Ahnung mich erhalte, daß meine Tage gezählt sind — Egon, ich fände im Grunde keine Ruhe, wenn ich von binnen müßte, ohne mein Haus bestellt zu haben.“

„Nicht doch, Onkel! Diese peinlichen Gedanken weise energisch von dir. Du tannst noch so manches Jahr an unsrem Glück teilnehmen, und das wirst du auch, ich bin fest davon überzeugt. Aber jetzt entschuldige mich für eine

halbe Stunde. Ich bin noch meiner Ankunft sofort zu die geeilt, und möchte sehr eine Kleinigkeit essen.“

„Aber natürlich, entschuldige nur, daß ich nicht daran dachte. Und laß dir ein extra gutes Glas Wein vorsehen, um auf mein Wohl zu trinken!“

„Du bist der beste, reizendste Onkel auf der Welt. Ich werde natürlich auf deine Genußung trinken!“

Nachdem Egon es sich hatte wohlschmecken lassen, zog er sich in seine Gemächer zurück.

Zärtlich und mit hellem Verlangen dachte er an seine junge Frau. Ein Blick, daß sie in der kleinen weltberühmten Stadt lebte, die Eifersucht hätte ihn sonst verzehrt.

Doch nicht lange gab er sich diesen sehnüchlichen Gedanken hin. Es galt nun, den Kampf aufzunehmen, das ihm bevorstand. Es widerspreche ihm zwar im innersten Herzen immer noch, den Onkel und Anneliese zu belügen, aber er war nun einmal verheiratet und verpflichtet, seiner Gattin ein standesgemäßes Heim zu gründen.

„Die Hauptsache ist,“ dachte er, „daß ich es fertig bringe, mir den größeren Teil des Vermögens zu sichern. Anneliese behält dann immer noch genug. Sollte ich,“ fuhr er nach einer Pause fort, „infolge Annelieses Ungehorsam Unversalber werden, so würde ich sie zu entschädigen wissen, mag sie dann mit dem Erwählten glücklich werden. Lieber wäre es mir aller, wenn Onkel testamentarisch ihren Anteil festsetzte.“

Hier wurde er unterbrochen, denn Anneliese trat ein und fragte, ob sie näherkommen dürfe. „Ich konnte die Ungewißheit nicht länger ertragen,“ sagte sie, „ohne eine Antwort abzuwarten. Der Onkel schläft ja so atmet gleichmäßig, wie seit langen Tagen nicht. Was sagst du ausgerichtet, Egon? Wie findest du den Zustand unseres Kranken?“

„Durchaus nicht hoffnungslos, Cousinchen. Freilich — er zog die Schultern hoch, „Ich möchte es nicht wagen, dem Onkel zu widersprechen. Jede Aufregung könnte für ihn von unberechenbaren Folgen sein.“

Anneliese sah traurig vor sich hin. „Ich bringe es nicht übers Herz, ihn zu belügen. Oh, lieber Egon,“ sie hatte die schönen blauen Augen bittend zu ihm aufgeschlagen, „mach’ du ihm doch begreiflich, daß diese Heirat unmöglich ist, daß wir beide —“

„Halt, Anneliese, du vergißt, daß du allein die Schuld an all’ diesen Aufregungen trägst, ich für mein Teil wäre jeden Augenblick bereit, mit dir zum Altar zu ashen.“

Sie schüttelte leise das dunkle Haupt. „Du fühlst nichts der Liebe ähnliches für mich, Egon —“

„Ich habe dich sehr lieb, Cousinchen. Allerdings überschwengliche Gefühle darfst du mir nicht zumuten, und die sind auch nicht nötig.“

„Es wäre ein Verrat an Heiligsten,“ flüsterte Anneliese, „eine unverzeihliche Sünde, deren ich mich nicht schuldig machen will!“

„Bergesh, wann ich deine Ansichten mehr als seltsam finde; wir haben unserem Oheim unendlich viel zu danken und wenn wir alles tun, um seinen Lebensabend zu verschönen, so halte ich das nur für Pflicht und Schuldigkeit, auch dann, wenn das Herz sich dagegen auflehnen sollte.“

„Oh, mein Gott, zu einer so unpersonlichen großartigen Auffassung fühle ich mich unfähig.“

„So bist du undankbar und engberzig, liebe Cousine; wo es sich um den Frieden unseres Oheims, ja, um die Verlängerung seines Lebens handelt, da sollten doch wohl persönliche Interessen nicht mehr in Betracht kommen.“

Anneliese schluchzte. „Ich kann dir nicht nachhaken, Egon, ich kann es nicht, trotzdem ich Onkel Harold wie meinen Vater liebe und verehere.“

Egon zuckte mit einem bedeutungsvollen Nicken die Achseln. „Das sind Worte. Die wahre Liebe bringt auch gern ein Opfer. Doch wozu weiterreden! Nach allem, was ich von dir höre, scheint eine Verständigung ausgeschlossen.“

„Und du willst nicht versuchen, den Onkel davon zu überzeugen, daß diese Heirat uns beide unglücklich machen müßte?“

„Ich denke nicht daran, im Gegenteil hoffe ich noch immer, daß du früher oder später zur besseren Einsicht kommst.“

Das junge Mädchen lehnte am Türpfosten, ein Bild der trostlosesten Verzweiflung. Wie eine Schuldige erschien sie sich, und doch verteidigte eine innere Stimme ihre Liebe und rief ihr zu, daß es kein Unrecht sei, der Stimme des Herzens zu folgen.

„Rein,“ sagte sie bestimmt, „ich werde nie anders empfinden. Meinem Herzen bleibe ich treu.“

Und betrübten Herzens verließ sie das Zimmer.

Fortsetzung folgt.

Neue englische Kutsche.

London, 3. Juni. Das Unterhaus hat das Schatzamt ermächtigt, eine Kutsche von nicht über 5 Milliarden Mark aufzunehmen.

Bombenanschläge in Amerika.

Washington, 3. Juni. (Reuter.) Eine Höllenmaschine explodierte vor dem Hause des Generals... Einer der Attentäter wurde dabei getötet. Die Bewohner blieben unverletzt. Auch aus anderen Städten werden Bombenattentate gegen hervorragende Persönlichkeiten gemeldet.

Der Streik in Kanada.

London, 3. Juni. Die „Times“ meldet aus Toronto, daß in dem dortigen Arbeiterrat die sozialistischen Elemente die Führung an sich gerissen haben.

Rückkehr der Kaiserin?

Osaka, 3. Juni. Der „New York Times“ wird vom Osaka berichtet, von Amerongen seien aus der Umgebung des Kaisers einige Personen abgereist, um für den Kaiser einen Wohnsitz in Deutschland einzurichten.

Zu die Heimat.

Berlin, 3. Juni. Ein Transport von Deutsch-Schwabafrikanern, vorwiegend aus Regierungsdienst und Polizeibeamten nebst Angehörigen bestehend, wird am 4. Juni ds. Js. in Rotterdam erwartet.

Angestelltenstreik.

Karlsruhe, 3. Juni. Der Gewerkschaftsbund der freien Angestelltenverbände der Metallindustrie hat den Eintritt in den Streik beschlossen.

Mannheim, 3. Juni. Die „Neue Bad. Landeszeitung“ berichtet: In allen größeren Städten der Pfalz fanden gestern nachmittag große Kundgebungen gegen die Errichtung einer selbständigen pfälzischen Republik statt. Viele Betriebe waren geschlossen. Heute wird überall wieder gearbeitet.

Amsterdam, 3. Juni. Dem „Telegraaf“ zufolge, ist an maßgebender Stelle nichts darüber bekannt, daß sich Oberleutnant Vogel in den Niederlanden aufhält.

Wien, 3. Juni. Die Friedensbedingungen für Deutsch-Oesterreich riefen einen niederschmetternden Eindruck hervor. Die Börse blieb heute morgen geschlossen.

London, 3. Juni. Die „Times“ meldet aus Madrid, die spanischen Wahlen haben mit einem großen Sieg der Republikaner geendet.

Protestnote des Ministers Erzberger.

Berlin, 3. Juni. Ueber den Hochverrat am Rhein hat der Vorsitzende der Deutschen Waffenstillstandskommission, Reichsminister Erzberger, an den Vorsitzenden der deutschen Kommission in Spaa, Generalmajor Freiherr v. Hammerstein, heute gebracht: Ersuche Sie, noch heute folgenden Protest an Marshall Foch durch den General Adant überreichen zu lassen: „Der deutschen Regierung sind glaubwürdige Nachrichten darüber zugegangen, daß französische Besatzungsbehörden im linksrheinischen Gebiet unter Mißbrauch der ihnen durch den Waffenstillstand eingeräumten Bewannnisse hochverräterische Bestrebungen in dem besetzten Gebiete fördern und unterstützen. Hiernach haben politisch einflusslose Persönlichkeiten wiederholt Verhandlungen über die Ausrufung einer Rheinischen Republik und deren Loslösung vom Deutschen Reich und zwar mit den französischen Offizieren: General Mangin, General Gerard und Oberst Pinot, sowie Hauptmann Kofan geführt. Französische Besatzungsbehörden haben auch gestattet, daß am 1. Juni Plakate über die Ausrufung einer Rheinischen Republik angeheftet werden durften, während andere Besatzungsbehörden es verboten haben, die am 29. Mai von der deutschen Regierung ergangene Warnung vor hochverräterischen Untreuen zu veröffentlichen. Die Veröffentlichung hat, um ihren Widerstand zum Ausdruck zu bringen, die meisten Plakate wieder abgerissen. Französische Militärbehörden sind dagegen eingeschritten. Oberst Pinot hat erklärt, er werde den Städten, die mit der Gründung der neuen Republik sich nicht abfinden würden, die Lebensmittel sperren lassen. Regierungspräsident v. Winterstein, der höchste Verwaltungsbeamte der Pfalz, ist von den französischen Besatzungsbehörden aus der Pfalz ausgewiesen worden usw. Diese Handlungen französischer Behörden stehen im schroffen Widerspruch zu den Waffenstillstandsbedingungen vom 11. Nov. 1918 und zu den wiederholten Erklärungen, die Marshall Foch gegenüber dem Unterzeichneten bei den Erneuerungen des Waffenstillstands abgegeben hat. Das Verhalten der französischen Militärbehörden stellt die schwerste Verletzung völkerrechtlich übernommener Verpflichtungen dar. Die deutsche Regierung legt gegen dieses Verhalten scharfsten Protest ein und erwartet, daß namentlich in den Zeiten der Friedensverhandlungen seitens der Besatzungsbehörden alles unterlassen wird, was dazu führen müßte, den erfolgreichen Verlauf der Friedensverhandlungen zu stören und unmöglich zu machen.“

Bei der Uebergabe des Friedensvertrags an die österreichische Abordnung teilte Clemenceau mit, daß mündliche Verhandlungen nicht stattfinden werden.

Amtliches.

Oberamt Nagold.

Mit Rücksicht auf neu eingelaufene Klagen über unlaunteren Handel mit Miltärwaffen und unbesagte Umarbeitung solcher in Jagdgewehre usw. werden die Ortspolizeibehörden beauftragt, die am Platze befindlichen Waffenhändler auf die in dem Ministerialerlass vom 26. v. Mts.

— Filiale zum Staatsanzeiger Nr. 119 — angezogenen Vorschriften hinzuweisen und zur Anzeige der zu ihrer Kenntnis gelangenden Zuwiderhandlungen Dritter zu veranlassen.

Den 2. Juni 1919.

Nr. 13.

Landesnachrichten.

Altensteig, 4. Juni 1919

Das Ergebnis der kirchlichen Wahlen.

Im Oberamtsbezirk Nagold erhielt Prälat Dr. v. Römer 6229 St., Verwalter Bauer 6204 St., Stadtpfarrer Böller-Wilberg 1036 St., Profarist Schumacher-Nagold 1033 St. Im Oberamtsbezirk Herrenberg erhielt Prälat Dr. v. Römer 6286 St., Stadtpfarrer Böller 615 St., in beiden Bezirken zusammen Prälat Dr. v. Römer 12515 St., und Stadtpfarrer Böller 1651 St. Prälat Dr. v. Römer und Verwalter Bauer sind demnach mit großer Mehrheit gewählt.

Auf die einzelnen Orte des Bezirks Nagold verteilen sich die abgegebenen Stimmen wie folgt:

Table with 5 columns: Ort, Römer, Bauer, Böller, Schumacher. Rows include Nagold I, Nagold II, Altensteig-St., etc.

Im Oberamtsbezirk Freudenstadt erhielten die weltlichen Kandidaten Direktor Huppensauer vom Baltenwald 5339 St., Prof. Käßel 2384 St., der geistliche Abgeordnete Pfarrer Reiff-Mittelst. 7645 Stimmen. Als weltlicher Abgeordneter ist demnach Direktor Huppensauer gewählt. Bezüglich des geistlichen Kandidaten steht das Ergebnis des Sulzer Bezirks noch aus.

Im Oberamtsbezirk Calw erhielten Pfarrer Hornberger-Zwerenberg 3963 St., Stadtpfarrer Sandberger-Lieberzell 2812 St., die weltlichen Kandidaten Fabrikant Blank-Calw 3604 Stimmen, Oberprätor Bauche 2931 St. Von drei Gemeinden steht das Ergebnis noch aus, wird aber das Resultat kaum ändern. Im Bezirk Neuenbürg erhielt Pfarrer Hornberger 2521 St., Stadtpfarrer Sandberger 3992 St. Zusammen in beiden Bezirken Stadtpfarrer Sandberger 6804, Pfarrer Hornberger 6184 St. Fabrikant Blank ist demnach als weltlicher Abgeordneter gewählt.

Die württ. Verfassungsk. Nr. 765 enthält u. a. folgende Namen: Chr. Martini, Oberschwandorf, inf. Krankheit gest. Hermann Conzelmann, Schönmünzach, Schw. verm. Otto Heintz, Pfalzgrafenweiler, gef. Sergt. Friedr. Schöttle, Ebdorfen, gef. Ulfz. Konrad Schidel, Wilberg, Schw. verm. Ulfz. Eduard Volken, Calw, verm. Wilhelm Riewann, Freudenstadt, in Gefg. Gottlob Stah, Dietersweiler in Gefg. Sergt. Karl Hörmann, Wilberg in Gefg. Gefr. Johs. Dettling, Sulzstetten, verm. Albert Kienzle, Gündingen, in Gefg. Karl Bäcker, Besenfeld, in Gefg. Christian Graf, Kälberbrunn, in Gefg. Karl Henne, Minderbach, in Gefg. Friedr. Kappeler Besenfeld, in Gefg. Johs. Pfeiffer, Helsenhausen verm. Georg Neuschler, Breitenberg, verm. Friedr. Seigle, Engldörferle, l. verm. Jakob Ruz, Martinsmoos, inf. Krankheit gest. Eugen Ruffmann, Freudenstadt, inf. Krankheit gest. Wilhelm Dieterle, Pfalzgrafenweiler, inf. Krankheit gest. Alb. Haller, Freudenstadt, inf. Verm. gest.

Verst. wurde auf Ansuchen auf das Forstamt Plochingen der Forstmeister Rommel in Altensteig. — Der lit. Forstrat Lauscherer, Vorstand des Forstamts Steinwald in Freudenstadt, wurde seinem Ansuchen entsprechend in den bleibenden Ruhestand versetzt.

Erdbeeren als Heilmittel. Der „Südd. Jtg.“ wird geschrieben: Es gibt kaum eine Frucht, die derart heilkräftig ist, wie die Erdbeere. Ihre Saftzusammensetzung wirkt wohlthunend auf das Blut. Und leider können viele Menschen infolge dieser Einwirkung den Genuß der Erdbeere nicht ertragen. Und doch sollen sie sich hierzu zwingen; denn die Waldbeere z. B. ist das beste Mittel gegen Podagra. Mir ist ein Fall bekannt, daß ein 40jähriger Mann festlich unter Podagra litt. Er konnte weder ruhig schlafen, noch seine Füße ruhig halten. Die Schmerzen zogen sich von den Füßen in die Hände. Er hatte keine Hoffnung mehr auf Gesundung. Ein Arzt empfahl ihm schließlich, es einmal mit Erdbeeren zu versuchen. Und obwohl er es nicht vermochte, selbst eine Erdbeere zu verschlucken, zwang er sich dazu. Die Erdbeeren wirkten Wunder.

Es dauerte nicht lange, so war das Podagra mit dem Körper durch die Erdbeeren beseitigt. Der Mann wurde gesund. Bekannt ist ja auch, daß der große Naturforscher Linne an Podagra litt und die Schmerzen stets durch den Genuß von Erdbeeren beseitigte. Dieses Mittel hatte sich so herumgeprochen, daß sogar die Königin von Schweden, der Linne einen Besuch abstattete, sofort eine Schüssel Erdbeeren kommen ließ, als Linne während des Besuchs wieder seinen Anfall erhielt. Dieser Naturforscher ist trotz des Podagra, weil er Erdbeeren als Gegenmittel verbandte, 71 Jahre alt geworden.

Heidelbeeransichten. Im Schwarzwald, namentlich in sommerlichen Tagen, zeigt sich eine wahre Pracht des Heidelbeerlands, der die Hoffnung zuläßt, wenn keine Kälteanschläge erfolgen, daß wir eine aber alles Erwartende gute Beerenernte erhalten.

Preiserhöhung für Lotterielose. Auf die bisherigen Preise der Lose der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie wird von der nächsten Ziehung an ein Zenerungszuschlag von 5 Prozent erhoben, zu Gunsten der Lotterievernehmer, deren Angestellte ebenfalls neue Lohnforderungen gestellt haben. Es kostet nun ein Viertel-Los 5.25, ein Viertel-Los 10.50, ein halbes Los 21 Mk., ein ganzes Los 42 Mk. für jede Klasse.

Stuttgart, 3. Juni. (Landeskirchenwahl.) Bei der Landeskirchenwahl am Sonntag wurden gewählt: als geistliche Abgeordnete Stadtpfarrer Oberkirchener D. Traub (2777 Stimmen), Stadtpfarrer Dito (19125), weltliche Abgeordnete: Ministerialdirektor v. Röder (20782 Stimmen), Inspektor Lu y (19455), Schlosser Frank (16287), Oberlehrer Jechle (16240).

In Cannstatt wurden gewählt: Oberkirchenrat Dehler (7137), Kommerzienrat Hartenstein (6710), Weinärtner R. Gahmann-Unterriethen (6022 St.). Ludwigsburg: Defan Gauger, Direktor Dr. Schwandner, Kaufmann B. Kolb. Waiblingen: Defan Böhringer-Schorndorf, Kaufmann Gähr-Endersbach. Die Wahllisten der Gemeinden bzw. der bekenntnistreuen Kreise haben überall die große Mehrheit.

Stuttgart, 3. Juni. (Richtigstellung.) Der „Staatsanzeiger“ erklärt die Nachricht der Aufhebung des württ. Kriegsministeriums für unrichtig oder verfrüht.

Geildorf, 3. Juni. (Ein fetter Bissen.) Drei Camphatten Hamsterer waren mit 150 Pfund Schweinernem, davon allein 45 Pfund Sped, vom Kochsal her nach Mittelrot mit Fuhrwerk angemeldet und wurden dort in Empfang genommen. Sped und Fleisch, das den netten Preis von 865 Mk. gefosset hat, wurde der Allgemeinheit zugeführt.

Heilbronn, 3. Juni. (Wahl.) Bei der Wahl zur Landeskirchenversammlung haben in der Stadt von 18435 Wahlberechtigten 5519 abgestimmt gleich 29,9 Prozent. Stimmen erhielten Stadtpfarrer Hübner 5231, Rektor Mos 5453, Landgerichtspräsident Mayer 5430.

Heinstetten, 3. Juni. (Unfall.) Der Streckenarbeiter Jhle geriet auf dem Bahnhof beim Anspannen zwischen die Puffer und wurde schwer verletzt.

Geisingen, 2. Juni. (Tödlicher Unglücksfall.) Das 6 Jahre alte Mädchen des Werkführers Reule, das sich unter einem von einer Wirtschaft stehenden Fuhrwerk befand, wurde, als die Pferde ansetzten, von diesem überfahren.

Berg D. Ravensburg, 3. Juni. (Erschlagene.) Aus geringfügigem Anstoß geriet auf dem Hof des Gutbesizers Koberle in Baumgarten der Hofknecht Gottfried Geiger von Zell D. Kirchheim, mit seinem Nebenrecht, dem 43 Jahre alten Ludwig Steulen aus Braunschweig in Streit. Er schlug ihm einen Prügel auf den Kopf, sodas Steulen bald darauf starb.

Aehl, 3. Juni. Wie uns mitgeteilt wird, bemühen sich die Franzosen, auch das Ganauerland von dem deutschen Reich abwendig zu machen. Die Leute, die dafür tätig sind, sind hauptsächlich der Direktor des Leher Gaswerks Levang, der Warenhausbesitzer Liebermann und der Rechts-Agent Dorn.

Vermischtes.

Deutsche Ureinwohner in Oberschlesien. Wenn die Polen behaupten, daß Oberschlesien von jeher polnisches Gebiet gewesen sei, so haben sie Unrecht. Gerade in ältester Zeit war es, wie geschichtlich feststeht, deutsches Land. Der römische Geschichtsschreiber Tacitus sagt ausdrücklich, daß im ersten Jahrhundert nach Christus, am Berge Karpaten, Sueden wohnten, wobei der Name Sueden ein Sammelname für verschiedenen Völkerschaften war. In Oberschlesien lagen die Quaden und besonders gegen Osten und Norden die Luperi. So nennt sie Plinius. Später, vor der Völkerwanderung, traten an ihre Stelle die Sarmaten (Sarmatier) in der Völkerwanderung vertrieben sie das Land und jetzt erst rücken Slaven an ihre Stelle, was man auch jetzt noch sieht, denn ein Teil der Deutschen blieb zurück. Daß später die Einführung des Christentums und deutschen Rechts, daß deutsche Kolonien und deutsche nach Schlesien verheiratete Fürstinnen germanisierend wirkten, sei nur angedeutet. Die Erbsen der Luperi ist auch durch Grabfunde, so bei Widulla und Saccra nachgewiesen, und es unterliegt keinem Zweifel, daß sie Sueden waren.

Kinderhilfe in Oesterreich. In Wien wurde am 3. Juni das deutsch-österreichische Jugendhilfswerk für Kindererziehung eröffnet zu dessen Erhaltung die Amerikaner Lebensmittel im Wert von 24 Millionen Kronen spendet haben.

Druck und Verlag der B. Neilschen Buchdruckerei, Altensteig. Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Sauer.

Unsere Zeitung bestellen!



Altensteig.

Chr. Krauss

Sommer-Anzüge

feldgrau, Preis Mk. 27.30

weiße und ungebleichte

B'woll-Tücher

für Hemden, Ueberzüge u. s. w.

Blusenstoffe, Kleiderzeuge

B'wollflanell.

Altensteig.

Zur Frühjahrs-Bücherei

empfehle von frisch eingetroffenen Sendungen:

Ia. Seifenpulver

Waschperle

1 Pfund Pakets 60 Pfg.

Ia. Seifenpulver

Schwarzwaldbrone
(ohne Marken)

1 Pfund 30, 45, 55 Pfg.

Wasch-Mittel 'Sie'

1/2 Pfund-Dosen Mk. 1.10

Bleichhilfe u. Burnus

Waschmittel

1 Paket 30 Pfg.

Scheuervulver, Poller-
Zinnsand, Umm.

Messer-Puh-Pulver in Dosen

Waschblau in Beutel u. Dosen

Globeline, Kossak-Ofenglanz

Ofenlack in 3 Flaschen-Größen

Puppomade, Puh-Extrakt

Puhseife, Puh-Pascha

Schmiergel-Papier und

Glas-Papier

Salmlakgeist, Fleckenwasser,

Chlorkalk, Motten-Cadletten

Geolin

in Gläser und Flaschen

in 6 Größen

bei billigsten Preisen und reeller Bedienung.

Chr. Burghard junior.

Altensteig.

Eine schöne Auswahl

Thermos-Flaschen

bewährtes Fabrikat

zur Feisch- und Warmhaltung
von Speisen und Getränken

hält bestens empfohlen

E. W. Luz Nachfgr.

Frly Bühler jr.

Mädchen-

Gesuch.

Für Küche und Hausarbeit wird
heißiges Mädchen bei guter Verpfle-
gung und hohem Lohn auf 15.
Juni gesucht. Offerten an

Jakob Gieg,

Ettlingen, bei Karlsruhe
Gasthof z. Erbprinzen.

Bekanntmachung.

Die Zwischenscheine der IX. Kriegsanleihe

für die 4 1/2% Schatzanweisungen können vom 4. Juni ab,

für die 5% Schuldverschreibungen vom 23. Juni ds. Jrs. ab

in die endgültigen Stücke mit Zinsscheinen umgetauscht werden.

Der Umtausch findet bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“, Berlin W 8, Behrenstraße 22, statt. Außerdem übernehmen sämtliche Reichsbankanstalten mit Kasseneinrichtung bis zum 5. Dezember 1919 die kostenfreie Vermittlung des Umtausches. Nach diesem Zeitpunkt können die Zwischenscheine nur noch unmittelbar bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“ in Berlin umgetauscht werden.

Die Zwischenscheine sind mit Verzeichnissen, in die sie nach den Beträgen und innerhalb dieser nach der Nummernfolge geordnet einzutragen sind, während der Vormittagsdienstunden bei den genannten Stellen einzureichen; Formulare zu den Verzeichnissen sind bei allen Reichsbankanstalten erhältlich.

Firmen und Kassen haben die von ihnen eingereichten Zwischenscheine rechts oberhalb der Stücknummer mit ihrem Firmenstempel zu versehen.

Von den Zwischenscheinen der früheren Kriegsanleihen ist eine größere Anzahl noch immer nicht in die endgültigen Stücke umgetauscht worden. Die Inhaber werden aufgefordert, diese Zwischenscheine in ihrem eigenen Interesse möglichst bald bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“, Berlin W 8, Behrenstraße 22, zum Umtausch einzureichen.

Berlin, im Juni 1919.

Reichsbank-Direktorium

Odenstein v. Grimm.

Schwarzwald-Drogerie

+ Altensteig +

— Telefon 41. —

empfiehlt

Mosssubstanzen

in großer Auswahl und verschieden-
nen Preislagen.

Altensteig.

Ein Drehstrom-Motor

(Kupferwicklung)

mit Schleifringanker 5 P. S.

220 Volt, 1450 Umdr.

mit Anlasser sofort abzugeben

P. Jannasch.

Ein Paar neue

Militärschuhe

Größe 42

zwei Paar

Stiefel

Größe 40

und leinene

Zwirn-Rollen und Sterne

gibt ab Karl Feuerbacher,

Schloßbergstr. 441.

Ein fleißiger

Knecht

für Landwirtschaft und

Rutsherei

wird zu sofortigen Eintritt gesucht.

Von wem? sagt die Exp. ds. Bl.

Sägerstelle

gesucht.

Verhewirter selbständiger Säger

sucht in der Nähe Stellung in einem

kleineren Sägewerk womöglich wo

Wohnung vorhanden. Offerte an

das Kontor dieses Blattes.

Altensteig.

Bodenöl

gar, rein (geruchlos) sowie

sämtliche Farben

für Kalt-Heim- und Oelfarbanstricharbeiten

Lacke für Möbel u. Wagenlackieren

empfiehlt zur gefälligen Abnahme.

Hochachtungsvoll

Ch. Huß, Maler- u. Gipsergeschäft.

Damen-Rostüme

gute Qualität (Friedensware)

in hell und dunkelgrau bei

Nago. d Christian Schwarz.

Bettstellen

Eichen rohe in einfachster Art bestellt in größeren monatlichen
Lieferungen Möbelgeschäft. Fournier und Leim wird voll mitgeliefert.
Preisliste 250—275 Mt.

Angebote mit Angabe wieviel monatlich geliefert unter No. 20 an
den Verlag der Zeitung „Aus den Tannen“.

Altensteig.

4 Meter sehr schönen

schwarzen Stoff

für Damenmäntel oder Herrenüber-

zieher hat im Auftrag zu verkaufen.

Wer? sagt die Exp. ds. Bl.

Reißzeuge

empfiehlt die

W. Niefer'sche Buchb.

Gestorbene:

Colto: Wilhelm Stidel, Uhemacher.

Colto: Matthäus Braun, Meister.

53 Jahre.